



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Zur Geschichte der preußischen, österreichischen und deutschen Politik. 2. :  
1797 - 1806.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Berlin hat wenigstens in diesem Punkt die Probe erst noch zu bestehen. Ein großer Theil des Publicums hier ist abgestumpft; Blasirtheit und Barbarei könnten sich die Hände reichen. Von der unter Stern und Marx stehenden Musikschule hat es den Anschein, daß sie innigere Beziehungen zu Weimar hat oder erstrebt. Die Engagements von Bülow und Laub und das oben citirte Werk von Marx, das der kenntnißreiche Verfasser der Compositionislehre sich hätte besinnen sollen in so loser Feuilletonhaltung und mit solcher Weit-schweifigkeit in Darstellung der gewöhnlichsten Dinge herauszugeben, weisen darauf hin. Die Stellung, die Marx sich zu Liszt gibt, scheint wenigstens eine sehr innige, wenn schon er nicht in allen Dingen als ein Anhänger moderner Idole auftritt. In einer theilweise entgegengesetzten Stellung zu dieser Musikschule ist die von dem Pianisten Kullak gegründete Akademie der Tonkunst, die namentlich in ihrem Gründer selbst und in dem Historiker und Theoretiker Dehn anerkannte Lehrkräfte besitzt. Wenn sie es verstehen wird, nicht zu weit in dem Streben zum Reellen und Technischen zu gehen und, durch den Gegensatz verführt, sich nicht in einen einseitigen Mechanismus des Unterrichts drängen zu lassen, so dürfte ihr, die mit einer großen Schülerzahl begonnen hat, eine günstige Zukunft bevorstehen. Es kommt nun hier aber zunächst nicht darauf an, die Lehrfähigkeit beider Institute zu beurtheilen, sondern nur, darauf hinzuweisen, wie sich, unter dem Einfluß moderner Richtungen, Gegensätze bilden und zu befestigen suchen. — Wie es heißt, wird vom 1. October ab eine „norddeutsche Musikzeitung“ unter der Redaction eines Herrn Zimmer erscheinen, von der man vermuthen kann, daß sie ein Organ der conservativen Partei, wenn man so sagen darf, werden wird. Es lassen sich also für die nächste Zukunft lebhaftere Kämpfe erwarten. Wie auch immer die Aufnahme der modernen Kunstversuche in Berlin ausfalle, vor allzu großer Dreistigkeit in That und Wort möchten wir die Anhänger derselben doch warnen; wir glauben nicht, daß Berlin dafür ein dauernd geeigneter Boden ist.

## Zur Geschichte der preussischen, österreichischen und deutschen Politik.

(Nach Häusser, deutsche Geschichte, s. No. 37.)

2.

1797—1806.

Die ersten Handlungen Friedrich Wilhelms III. zeugten von redlichem Eifer, die herrschenden Mißstände zu beseitigen. Eine Cabinetsordre drang auf Entfernung träger und unfähiger Beamten und auf bessere Controle der Verwal-

tung. Eine zweite Cabinetsordre kritisirte das Religionsedict Wöllners und sagte, es sei zwar früher kein Religionsedict im Lande gewesen, „aber gewiß mehr Religion und weniger Heuchelei als jetzt.“ Wöllner fügte sich, es war ihm mehr um seinen Ministerposten, als um sein System zu thun. Aber schon im Frühjahr 1798 wurde er entlassen, mit ihm die bekanntesten Werkzeuge seiner Kirchenpolitik. So wohlwollend indess die Absichten des jungen Monarchen waren, es fehlten ihm Selbstvertrauen, rasche Entschlossenheit, durchgreifender Wille, Selbstständigkeit des Handelns. Sein bisheriger Umgang mit beschränkten Militärs hatte in ihm Vorliebe für ehrbare Mittelmäßigkeit, Scheu gegen große und geniale Menschen festgesetzt. Stein hat ihm niemals nahe treten können. So wurde 1797 eine durchgreifende Veränderung in keinem Zweige des Staatswesens versucht. Die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten behielten der charakterlose Haugwitz und der unmoralische Lombard. Der verderbliche Cabinetrath zwischen dem König und den Ministern blieb bestehen; als unsichtbare Camarilla entschied er über die wichtigsten Interessen des Staats. Von der Beseitigung dieser Behörde hat später Stein die Uebernahme seiner Regierung abhängig gemacht. Die sittliche Entnerung der Nation dauerte fort, kurzfristige Selbstsucht der Friedenspolitiker hielt ihren Geist gefangen. Selbst der ungestüme Friedrich Geng, der damals zum Sprecher der Volkswünsche sich aufwarf, sagte in seinem „Sendschreiben an Friedrich Wilhelm III.“: „Den Krieg abzuwenden muß der Richtpunkt aller politischen Maßregeln, das Ziel aller militärischen Anstrengungen, der letzte Gipfel aller diplomatischen Weisheit sein.“ Der preussische Adel gerirte sich als eine Classe von Privilegirten, die weniger strebten die ersten zu sein in Leistungen als in Begünstigungen und Vorrechten. Die untern Classen des Volkes waren unter dem Druck dieser Vorrechte gleichgiltig gegen Wohl und Wehe des Staats.

Inzwischen sollten auf dem Congreß zu Rastatt der Friede und die künftige Ordnung des deutschen Reiches festgestellt werden. Das Reich war tiefer zerrissen als jemals. Oestreich lud die Reichsfürsten zu dem Congresse ein und spiegelte ihm immer noch die Erhaltung seiner Integrität vor, die es in den geheimen Artikeln von Campo Formio längst Preis gegeben hatte. Oestreich wollte jetzt durch Hilfe Frankreichs das langersehnte Baiern erhalten; Preußen suchte durch französische Protection Arrondirungen in Franken und Westphalen zu erlangen. Von den kleineren Reichsständen hatten mehrere Frankreich die Abtretung des linken Rheinufers zugesagt und dafür die geistlichen Stifter sich versprechen lassen. „Allenthalben nur betrogene Betrüger vom Kaiser an bis zu den kleinen süddeutschen Reichsständen herab!“ Frankreich dachte weder daran, Oestreich Baiern zu geben, noch Preußen zu vergrößern. Die Instructionen des Directoriums an seine Gesandten in Rastatt lauteten: Dem Reiche Mainz abzupressen, den mittlern und kleinern Staaten eine Invasion anzu-

drohen, wenn sie nicht zustimmten und Preußen mit Nebensarten abzuspeisen. Am 1. December 1797 machte Oestreich gegen Bonaparte sich verbindlich, sofort das Reichsgebiet zu verlassen, die deutschen Grenzfestungen zu räumen und Mainz den Franzosen zu übergeben. Die Franzosen hielten Oestreich und Preußen in Entfremdung. Sie lockten Oestreich durch Zusagen, die angeblich am Widerstande Preußens scheiterten, und sie trieben mit Preußen ein ähnliches Spiel. Die kleineren Reichsstände schreckten sie mit ihren eignen, Oestreich und Preußen gemachten Anerbietungen, als seien es Anstinnen der wiener und berliner Politik. So wurden sie bald vollständig Herren der Situation. Am 17. Januar 1798 erklärten sie unumwunden, Frankreich verlange als Grundlage des Friedens die Rheingrenze. Die einzelnen Reichsstände sollten für ihre Verluste entschädigt werden. Die Reichsfriedensdeputation bot die Hälfte der auf dem linken Rheinufer liegenden Reichslande. Die Franzosen erwiderten, die betheiligten erblichen Fürsten hätten in die Abtretung ihrer Besitzungen bereits eingewilligt. Die Deputation stellte nun eine Reihe von deutschen Gegenforderungen auf. Die Minister der französischen Republik antworteten, „es sei Zeit, diesen Discussionen ein Ende zu machen; sie verlangten eine positive Erklärung, ob die Deputation der vorgeschlagenen Basis beitreten wolle oder nicht?“ Oestreich und Preußen kümmerten sich wenig um die Integrität des Reiches; sie arbeiteten vor allem darauf hin, eines die Vergrößerung des andern zu hindern und wurden so beide zum Spielball der französischen Politik. Die mittleren und kleineren Fürsten, welche am linken Rheinufer Besitzungen verloren, hatten sich entweder bereits mit Frankreich darüber verständigt oder wollten dem Frieden dies schmerzliche Opfer bringen. Die geistlichen Reichsstände fürchteten weit weniger die Abtretung des linken Rheinufers als die Säkularisation; als Frankreich letztere fallen zu lassen Miene machte, gaben auch sie nach. Alle Mächte und Fürsten des Reiches sind an dieser Schuld gleich betheiligt, keiner kann den andern deswegen vor der Nachwelt anklagen. Am 11. März erklärte die Friedensdeputation, daß sie in die Abtretung des ganzen linken Rheinufers einwillige. Sie knüpfte zwar an dieselbe noch einige Clauseln, aber Frankreich nahm die Abtretung in seiner Antwort als eine unbedingte auf. Nun fragte sich, nach welchem Grundsatz entschädigt werden sollte? Frankreich trat offen mit dem Grundsatz der Entschädigung durch Säkularisation hervor; diese Basis sei nicht weniger notwendig als die Basis der Rheingrenze. Die geistlichen Reichsstände widersetzten sich, die weltlichen aber sahen in dem Vorschlage Frankreichs die Erfüllung ihrer geheimsten und lebhaftesten Wünsche. Jeder derselben hatte, wie der Ritter Lang in seinen Annalen sagt, sich schon seinen Plan gemacht, der größere irgendein Bisthum oder einen Fezzen davon, der kleinere irgendeine Abtei, der geringste Edelmann irgendeinen Schafhof an sich zu reißen. Am

Grenzboten. IV. 1855. 13

4. April 1798 stimmte die Reichsfriedensdeputation bei. Nach einer Verhandlung von drei Monaten hatten die Franzosen alle ihre Vorschläge durchgesetzt.

Sie waren aber noch keineswegs befriedigt. Getreu ihrem Grundsatz: *Vae victis*, traten sie am 3. Mai mit neuen Forderungen auf. Die Rheinschiffahrt sollte freigegeben, alle Zölle aufgehoben, die Rheininseln sämtlich an Frankreich abgetreten, die Schulden der abgetretenen Landstriche auf die Entschädigungsgebiete geworfen und den Franzosen alles überlassen werden, was den Fürsten, Ständen und der Reichsritterschaft auf dem linken Rheinufer überhaupt zustand. Die Franzosen erwarteten eine schleunige Antwort: „Die Zeit der Zögerungen sei vorüber.“ Unter dem 14. Mai erfolgte die Antwort. Sie war ablehnend. Die Reichsdeputation fand die Forderungen Frankreichs „erschütternd.“ Bis zum December tritt man hierüber. Am 6. December machten die Franzosen aus ihren Forderungen ein Ultimatum, das in sechs Tagen unbedingt anzunehmen sei. Zugleich trieben sie auf dem rechten Rheinufer große Kriegssteuern in Requisitionen mit unerbittlicher Härte bei. Diese Taktik wirkte. Am 9. December 1798 wurde das Ultimatum vom Reiche mit sieben gegen drei Stimmen angenommen.

Inzwischen hatte gegen Frankreich eine zweite Coalition sich gebildet. Oestreich hatte weder in Baiern noch in Oberitalien erlangt, was es wollte. Die Schweiz und die cisalpinische Republik blieben fortwährend von den Franzosen besetzt. Das Vorschreiten derselben stellte immer mehr das Bestehen der europäischen Ordnung in Frage. Sie suchten die Massen gegen ihre alten Regierungen aufzuregen, durch revolutionäre Propaganda mitten im Frieden das Werk des Krieges fortzusetzen, aus den zertrümmerten alten Staaten Schattenrepubliken nach französischem Zuschnitte zu machen, die, außer Stande, sich selbst zu erhalten, in der That nur französische Provinzen wurden. Schon hatte Frankreich in der batavischen, cisalpinischen und ligurischen Republik sich mit Schanzen umgeben, die es deckten und an Frankreich gebunden waren. Jetzt schuf es auch zu demselben Zwecke eine „römische Republik“ und umwühlte die Schweiz. Unter diesen Umständen hatte Oestreich bereits am 19. Mai 1798 ein Bündniß mit Neapel geschlossen; es verständigte sich mit Rußland und die britische Politik sparte kein Mittel, einen neuen Centralkrieg anzufachen. Es kam nur noch darauf an, Preußen zu gewinnen. Zu dem Ende wurden von Rußland Fürst Repnin, von Oestreich Graf Kobenzl Ende Juli 1798 nach Berlin gesendet. Die Coalitionspolitik daselbst zu bekämpfen, Preußen zu einem engern Bündniß mit Frankreich zu bestimmen, war die Aufgabe des französischen Abgesandten Sieyès. In Berlin galt noch immer neutral sein für die größte Weisheit in dem Weltconflct; in dem Balanciren zwischen den beiden sich bekämpfenden Principien sah man einen Be-

weis hoher Unabhängigkeit, die man nicht aufgeben dürfe, um sich von Frankreich oder der Coalition in's Schlepptau nehmen zu lassen. Kleinmüthige Unentschlossenheit und Mangel an großstaatlichem Selbstvertrauen hieß abwartende Klugheit. So verscherzte Preußen das Vertrauen der einen, ohne das der andern zu gewinnen. Als nun gar Sieyès die geheimen Bedingungen von Campo Formio dem preussischen Cabinet mittheilte, war die mögliche Schließung eines Bündnisses mit Oestreich im Keime erstickt. Sieyès schrieb an Talleyrand: „Der König von Preußen faßt die schlechteste aller Entschliessungen, die, sich für keine zu entscheiden. Preußen will allein bleiben; das ist sehr bequem für Frankreich: es kann während dieser preussischen Betäubung mit den andern fertig werden. Mit Unrecht sagt man, Berlin sei der Mittelpunkt der europäischen Unterhandlungen, die ganze Weisheit des berliner Hofes besteht darin, mit Ausdauer und Hartnäckigkeit eine passive Rolle zu spielen.“

Aber der britischen Politik gelang es, ein neues continentales Bündniß gegen Frankreich zu Stande zu bringen. Kaiser Paul von Rußland, voll aristokratischen Hasses gegen die Revolution und lebhaft durchdrungen von dem Gefühle monarchischer Solidarität, rüstete mit ernstern Mitteln und Thaten. Eine russische Armee war in Anmarsch, den Angriff der Oestreicher auf Italien zu unterstützen. Oestreich ließ seine Truppen in Zweibrücken einrücken, das von französischen Occupationsgelüsten bedrängt war. Neapel, dessen Königin eine Schwester Marie Antoinettens und von wildem Haffe gegen das revolutionäre Frankreich erfüllt war, schlug in Süditalien los. Die französische Republik schwebte in größter Gefahr. Sie war von innern Parteiungen zerrissen und ihr bester Feldherr, Bonaparte, mit dem Kern ihrer Truppen weilte in Aegypten. Nur Preußen betheiligte sich nicht am Kampfe. Eifersucht gegen Oestreich, finanzielle Bedrängniß, die Unentschlossenheit des Königs, die Kurzsichtigkeit der Minister, auch die Kriegsunlust im Volke, das in dem ephemeren faulen Frieden sich behaglich fühlte und Gefahren und Opfer scheute, alles dies hielt es bei seiner Politik von 1793 fest. Ein letzter Versuch Englands, Preußen zu thätiger Mitwirkung zu bestimmen, blieb erfolglos. Es ist aus dieser Zeit ein handschriftliches Memoire „Ueber Preußens auswärtige Verhältnisse im Jahre 1799“, geschrieben im Januar 1799, erhalten. Es ist überaus merkwürdig. Die Isolirung Preußens wird offen zugestanden, aber keineswegs als ein Unglück angesehen. „Während sich Rußland durch seine Rüstungen zur See und zu Lande schwächt, während Oestreich die Hilfsquellen, die es noch hat, erschöpft, Frankreich aber in der Schweiz, in Italien und gegen Holland beschäftigt ist, gewinnen wir Zeit, unsere Kräfte zu sammeln, um jedem Angriff, er mag kommen, woher er wolle, mit Nachdruck zu widerstehen. Es ist daher gut, daß wir keine Verbindungen haben, die uns in den Fall setzen könnten, uns durch kostspielige Demonstrationen vor der Zeit

zu entkräften.“ Gefahren von Frankreich droheten nicht; gegen dieselben könne man immer noch mit Rußland, England und Oestreich Allianzen schließen. Rußland, das Land der Palastrevolutionen, „das sich für unüberwindlich hält, weil es Türken und Polen geschlagen, das seine Hilfsquellen für unerschöpflich ansieht, weil es soviel Geld haben kann, als Papier und Druckerschwärze im Lande sind, sei ein Verbündeter von sehr zweifelhaftem Werth. Oestreich sei der natürliche Feind Preußens; es suche Preußen nur in den Krieg zu ziehen, um es dann ebenso wie das deutsche Reich zu verlassen. Englands merkantiles Uebergewicht drücke schon jetzt fast genug auf Preußen: wie sollte es werden, wenn die Concurrenz Frankreichs und Hollands vollends vernichtet sei? Wir werden uns also nicht durch die eigennützigen Vorstellungen der bewaffneten Mächte verleiten lassen, unser wahres Interesse zu verkennen und ein Volk zu reizen, von welchem wir nichts zu fürchten, sondern alles bei Gelegenheit zu hoffen haben. Wir werden während des Krieges die strengste Neutralität beobachten, den allgemeinen Frieden abwarten, nie Verbindungen eingehen, aber nie vergessen, daß Schlesien beständig der Zankapfel zwischen uns und Oestreich bleiben wird.“

So blieben Preußen und das deutsche Reich neutral; Oestreich, Rußland und England führten den Krieg von 1799. Der Krieg brachte den Rastatter Congreß in Lebensgefahr, das Attentat auf die französischen Abgesandten, das zweien derselben das Leben kostete, sprengte ihn vollends. Leiter dieses Attentats war ohne Zweifel der österreichische Commissar Lehrbach, Mitwisser desselben der österreichische Minister Thugut. Sie hofften einerseits durch die bei den französischen Gesandten vorgefundenen Actenstücke Baiern zu compromittiren und sie fürchteten andererseits, daß die wiener Politik durch Enthüllungen französischerseits compromittirt werde. Allein Baiern war klug genug, sich eng an Rußland anzuschließen und Thuguts Plan, Rußland auf Bayern zu hegen, scheiterte gründlich. Dieser Umstand entzweite die Verbündeten. Rußland trat von der Coalition zurück und die Waffen Oestreichs wurden dadurch gelähmt. Preußen in den Kampf gegen Frankreich hineinzuziehen, gelang nicht. Stein bemerkte damals: „Wir leben in einem Zustande der Starrsucht, während man mit Nachdruck die Ruhe Europas auf den alten Grundlagen wiederherstellen konnte. Wir amüßren uns mit Kunststücken der militärischen Tanzmeisterei und Schneiderei; unser Staat hört auf, ein militärischer Staat zu sein und verwandelt sich in einen exercirenden und schreibenden.“ Der große Kurfürst hatte einst in ähnlicher Lage geäußert: „Was neutral sein heißt, habe ich schon erfahren: wenn man schon die besten Bedingungen hat, wird man doch übel tractirt; ich habe auch geschworen, mein Leben lang nicht neutral zu sein und würde mein Gewissen damit beschweren.“ Diese Maxime war vergessen, obgleich der Zeitpunkt zu handeln günstiger war als je. Wenn nach den ersten Siegen der Verbün-

deten im Frühjahr 1799 Preußen sich ihnen angeschlossen und am Rhein und gegen Holland operirte, so war der Erfolg gegen die französische Republik gewiß. Wirklich bedachte sich auch der König; er ertheilte Haugwitz Vollmacht, das Bündniß mit Rußland abzuschließen. Aber plötzlich schlug die Stimmung wieder um; der König, von falscher Sparsamkeit und Friedensliebe geleitet, gab seinem Minister Gegenbefehl. Die preußische Neutralität stand wieder fest. Dem ersten Consul Bonaparte, der sich durch den Staatsstreich vom 9. und 10. November zum Dictator Frankreichs aufgeschwungen hatte, war mit dieser Politik sehr gebient: Preußen sollte ihm die Brücke des Einverständnisses mit dem Kaiser von Rußland bahnen. Unter diesen Umständen schloß Oestreich, von Rußland verlassen, von Bonaparte bei Marengo besetzt, am 9. Februar 1801 den Frieden von Luneville, der wesentlich auf den Grundlagen des Vertrags von Campo Formio beruhte. Es wußte sich für seinen Verlust an Gebiet immer noch eine leidliche Entschädigung zu sichern. Statt des entlegenen, schwer zu behauptenden Belgien erhielt es Venedig und Istrien, eine vortreffliche Arrondirung seiner Erblande. Die Kosten des Ganzen trug die deutsche Nation. Deutschland verlor damals 1150 Quadratmeilen an Gebiet und beinahe  $3\frac{1}{2}$  Millionen Einwohner. Es verlor Belgien und das linke Rheinufer, ein gesegnetes Land mit reichen und vielseitigen Hilfsquellen, durch dessen Einbuße der Handel und die Schifffahrt Deutschlands einen schweren Schlag erlitt. So kläglich waren aber damals die deutschen Zustände, daß den Bewohnern des linken Rheinufers ihre Vereinigung mit Frankreich keineswegs als ein Unglück erschien. Bonaparte konnte in seiner Proclamation vom 18. Juli 1801 sie mit Tug daran erinnern, daß es nur bei ihnen keine Privilegien, keine Feudallasten, keine Frohnden, keine Jagdrechte mehr gebe, daß an die Stelle der alten Verwaltung eine bessere Administration und Justiz getreten sei, daß das Land eine Sicherheit genieße, wie nie zuvor. „Statt einer Menge kleiner Herren, die zu schwach waren, um sich zu vertheidigen, aber stark genug, das Land zu drücken, steht dasselbe unter dem Schutze einer Macht, die ihrem Gebiete Achtung zu verschaffen wissen wird.“

Am 7. März 1801 ratificirte der deutsche Reichstag den Frieden von Luneville. Es begann in Paris das Entschädigungswerk. Dorthin wendeten sich die meisten weltlichen Stände, um aus dem großen Schiffbruche des Reiches einige Trümmer zu retten; dort wurden die deutschen Provinzen zerschnitten. Um des französischen Ministers Talleyrand Protection bewarben sich wetteifernd die deutschen Diplomaten; ihn und sein Werkzeug Matthieu erkaufte mit bedeutenden Summen und Geschenken Hessen-Darmstadt; zu der französischen Einmischung in Deutschland trat aber auch noch die russische. Am 8. October 1801 schloß Bonaparte Frieden mit Rußland. In einem geheimen Artikel verständigten sich Frankreich und Rußland, Oestreich und Preußen „in einem richtigen

Gleichgewicht zu erhalten“; zugleich ließ sich Rußland aus Rücksichten dynastischer Freundschaft und Verwandtschaft für Baiern, Württemberg und Baden besonders günstige Entschädigungen versprechen. In Deutschland selbst befand sich alles in dem Schwanken ungewisser Zustände; die materielle Bedrängniß und die Stockung des Verkehrs dauerte auch nach dem Frieden fort; der Handel am Rhein lag völlig darnieder und die neue Grenze gegen Frankreich führte zahllose Quälereien herbei. Am Rhein, am Main und an der Lahn stellten sich Zustände ein, die an die Zeiten des dreißigjährigen Krieges erinnerten; bewaffnete Räuberbanden zogen umher, raubten und plünderten. Die ober- und kurrheinischen Stände mußten ein kleines Truppencorps aufbieten, um auf offener Heerstraße wieder einige Ordnung herzustellen. Am 25. Februar 1803 kam endlich in Betreff der Entschädigungen der Reichsdeputationshauptschluß zu Stande, welcher die alten Ordnungen des Reiches für immer auflöste. Bonaparte hatte bei den obschwebenden Verhandlungen mit Erfolg die Taktik angewendet, die kleinen Fürsten durch Verträge an sich zu knüpfen, Preußen, soweit es der eigne Vortheil Frankreichs zuließ, zu befriedigen, Rußland unter dem Schein der Mitwirkung ins Schlepptau zu nehmen und Oestreich zu isoliren, daß es die französischen Vorschläge wie Dictate anzunehmen gezwungen war. Mit dem Hauptschluß von 1803 hörte „das heilige römische Reich deutscher Nation“ thatsächlich auf. Von allen geistlichen Fürsten und Körperschaften blieben nur der Kurzerzkanzler von Mainz und die beiden Ritterorden, von sämtlichen Reichsstädten nur sechs bestehen; die Reichsritterschaft wurde mit leeren Versprechungen abgefunden, die niemals erfüllt wurden. Der mittelalterliche Kaiser sah sich von einem protestantischen Kurcollegium, von einem protestantischen Fürstenrathe umgeben; das geistliche Fürstenthum, der eigentliche Ausdruck der staatl. kirchlichen Ordnung des alten Reiches, war bis auf kümmerliche Reste verschwunden. Der feudale Verband zwischen Kaiser und Reichsfürsten löste sich nun vollends; die Institute, welche als Gegengewicht gegen die Einzelsouveränität dienen sollten, wie die Kreisordnung, waren mit der neuen Ordnung der Dinge nicht mehr vereinbar. Oestreich war nach Osten zurückgeschoben und dort arrondirt, Preußen im Norden vergrößert, der Süden und Südwesten Deutschlands in besondere Staatengruppen formirt, deren Lage und Interesse sie mit Frankreich eng verknüpfte. Ueberall waren die landesherrlichen Gewalten durchaus selbständig.

Das deutsche Volk sah diese Umwälzung ohne Bedauern, erblickte vielmehr in ihr eine entschiedene Wendung zum Besseren. Uebrigens war diese Umwälzung nicht von den Massen, sondern von den fürstlichen Dynastien ausgegangen. Die revolutionären Ideen gewaltsamer Abänderung und Gleichmacherei, welche seit 1789 das feudale Frankreich umgestalteten, wurden von den deutschen Fürsten jetzt auf die deutschen Verhältnisse übertragen. Die ord-

nungsfüchtige, auf Gleichheit und Einheit hinstrebende Verwaltung Frankreichs wurde auch in Deutschland heimisch, ohne Pietät für das Ueberlieferte, ganz erfüllt von dem Gedanken der Staatsallmacht. Das römische Kirchenthum und der katholische Klerus hatten selbst durch die Reformation keinen so empfindlichen Stoß erhalten, als durch die jüngste Umwälzung; der Klerus, bisher der erste Stand im Reiche, wurde unterthan wie alle übrigen; selbst in der Leitung der eignen kirchlichen Angelegenheiten mußte er die Einmischung der neuen Staatsgewalten sich gefallen lassen. Einen nicht minder harten Schlag erlitt die ökonomische Existenz und das moralische Ansehen des Adels. Ueber 700 Mitglieder der Domstifter verloren durch die große Umwälzung ihre Stellen. Dazu kam die schmerzliche Verkürzung der Reichsgrafen und Reichsritter bei dem Theilungsgeschäft. Auch das reichsunmittelbare Bürgerthum verschwand durch die Mediatisirung von 45 Reichsstädten. So klagten Geistlichkeit, Adel und einzelne Städte über die Umwälzung; das weltliche Fürstenthum und seine Beamten priesen sie als Umschwung zum Besseren; die Masse der Nation nahm sie gleichgiltig oder zustimmend auf. Denn die kleinen Staaten waren innerlich zerrüttet. In den geistlichen Landen ein Stiftsadel, der meist dem Lande fremd, dasselbe nur ausbeutete; ein sorgloses, oft käufliches Beamtenthum, eine träge Verwaltung und schlechte Justiz, geistlicher Müßiggang, Nepotismus, Sinecuren und Bettel. In den Reichsstädten Stockung alles öffentlichen und bürgerlichen Lebens, gährende Ausbrüche gegen das alte engherzige Patricierregiment. Vollends unerträglich war das Gebahren vieler kleiner Fürsten und Reichsgrafen. Neu-Wied wurde von einem frechen Abenteuerer im Namen eines verrückten Fürsten beherrscht und ausgebeutet. Ein Rescript des regierenden Grafen von Hsenburg-Wächtersbach vom December 1800 setzt die Rechtsgründe auseinander, aus denen er, „um sich durch die gelindesten Mittel zu Wohnungen für die unentbehrlichste Staatsdienerschaft zu verhelfen“, Privatleute aus ihrem ererbten Besitz vertreibt. Nach dem Protokoll der Erbach-Schönbergischen Regierung vom 10. April 1802 „war dormalen kein Bogen Papier mehr auf der Kanzlei vorhanden und ermangelten auch alle übrigen Schreibmaterialien gänzlich, ließen aber die Papiersfabrikanten der Gegend ebensowenig als der Schreibmaterialienhändler in Frankfurt die Erfordernisse auf Credit verabsolgen, weil die vorigen ansehnlichen Conti bis jetzt unberichtigt geblieben seien.“ Die würdige Behörde drohte „mit einem gänzlichen Stillstand der Geschäfte“, falls ihr nicht schleunigst das nöthige Schreibmaterial geliefert würde, und die Parteien, weil sie es auch in den kleinsten Rechtshändeln zu keiner Entscheidung bringen konnten, erboten sich, „den Ertrag der bedürftigen Schreibmaterialien vorzuschießen, wenn deren Mangel die fortdauernde Ursache des bisherigen Verzuges sein sollte.“ Gegen einen Fürsten von Salm-Kyrburg schwebte eine Untersuchung wegen falscher Banknoten, deren Verfertigung er angeklagt war. Dieser alte Wust

wurde doch jetzt wenigstens beseitigt. Es kam eine Art Geseßlichkeit und Gleichheit vor dem Geseß zur Geltung, es wurde eine bessere Rechtspflege eingerichtet, die Erblichkeit und Käuflichkeit der Stellen abgeschafft, der Industrie und dem Verkehr, die ganz darniederlagen, eine Anregung gegeben, das mönchische und geistliche Nichtsthun beseitigt, überhaupt das allgemeine Wohl rühriger gefördert.

Nach dem traurigen Frieden von Lüneville folgten für Deutschland Zeiten der tiefsten Erniedrigung. Der König von England war zugleich Kurfürst von Hannover. Da Bonaparte dem meerumgürteten England nichts anhaben konnte, beschloß er Hannover zu occupiren. Im Mai 1803 brach der französische General Mortier mit seinem Truppcorps von Rymwegen auf, überschritt die Waal und lagerte sich bei Roeverden an der hannöverschen Grenze. Der König-Kurfürst Georg III. hatte vergebens die Intervention Preußens nachgesucht. Aber dort scheiterte jeder Entschluß zu handeln an den leitenden Persönlichkeiten; man beging den großen Mißgriff, die französische Invasion des Weser- und Elbgebietes zuzulassen. Nun fragte der hannöversche Feldmarschall Graf Wallmoden bei der Landesregierung an, was zu thun sei. Die Regierung, d. h. das adelige Geheimrathscollégium, welches fast unumschränkt und unverantwortlich das Land regierte, ertheilte die Antwort: „man müsse zu vermeiden suchen, was Umbrage und Aufsehen erregen könne.“ Sie ließ dem Feldmarschall weiter sagen: „er möge den Truppen nicht gestatten zu feuern und nur im dringendsten Nothfalle das Bajonett mit Moderation gebrauchen.“ Diese regierende Aristokratie befahl endlich die Vaterlandsvertheidigung bei Strafe der Vermögensconfiscation. Am 16. Mai forderte sie sämtliche Landesunterthanen auf: „im eintretenden Nothfalle zur Rettung und Vertheidigung des Vaterlandes sich unverweigerlich stellen zu wollen. Sollten wieder besseres Verhoffen einzelne durch die Flucht der Landesvertheidigung zu entgehen suchen, so soll ein solcher unwürdiger Unterthan unausbleiblich und ohne alle zu hoffende Begnadigung seines sämtlichen Vermögens und etwa noch zu hoffenden Erbtheils für verlustig erklärt werden.“ Ende Mai rückten die Franzosen in das Osnabrücksche ein. Am 3. Juni unterzeichnete die Regierung im französischen Hauptquartier zu Suhligen die Unterwerfung Hannovers. Die Truppen sollten sich hinter die Elbe zurückziehen und während des Krieges mit England gegen Frankreich die Waffen nicht tragen, ausgenommen wenn sie gegen eine gleiche Zahl französischer Truppen, die etwa in englische Gefangenschaft geriethen, ausgewechselt würden. Das Land und die Festungen werden den Franzosen geöffnet, alles königliche Eigenthum und die öffentlichen Einkünfte ihnen zur Verfügung gestellt. Aber nachdem sie das Land und seine Hilfsquellen in Besitz genommen, ratificirte Bonaparte den Vertrag nicht. Er verlangte, daß die hannö-

versche Armee Tauschobject für die von den Engländern gemachten französischen Gefangnen sein solle. Endlich forderte Mortier nur die Auflösung des hannoverschen Heeres, nicht die Kriegsgefangenschaft. In diesem Augenblick erschienen im Lager des Feldmarschalls Wallmoden als Abgeordnete der Celle-Kalenbergischen Landstände der Landschaftsdirector von Lenthe und der General von Wangenheim mit dem Auftrage: wenn die hannoverschen Truppen sich nicht vertheidigten, sondern die Waffen niederlegten, Pferde und Kanonen abgäben, so wolle die Landschaft für ihren Unterhalt sorgen, wenn sie sich aber vertheidigten und dadurch Unglück über das Land brächten oder unterlägen, so würden sie auch nichts vom Lande zu erwarten haben! Dieser schamlose Auftrag ließ dem Soldaten nur die Wahl zwischen Unterwerfung und Hunger. Der Soldat zeigte überdies keine Lust, für die regierende Aristokratie, welche das Land Preis gab, sich aufzuopfern. Als Wallmoden gegen die Franzosen marschiren lassen wollte, brachen Meutereien aus und er sah sich genöthigt, eine Convention zu unterzeichnen, nach welcher die Regierung selbst die Truppen entwaffnete, das Kampfmateriel dem Feinde auslieferte, die Soldaten aber in ihre Heimath zurückkehrten und solange nicht gegen Frankreich zu sechten versprachen, bis sie von den Engländern gegen französische Kriegsgefangene ausgewechselt würden. Eine übermüthige Fremdherrschaft kam nun über das Land. Die 26 Monate französischer Occupation kosteten ihm über 26 Millionen Thaler, während die jährlichen Einkünfte Hannovers damals höchstens fünf Millionen Thaler betragen. Schlimmer hätte es dem Lande nicht ergehen können, wenn es sich den Franzosen gewaltsam widersetzt hätte und nach der Strenge der Kriegsgesetze behandelt worden wäre. Französische Spionage und geheime Polizei blieben auch nicht aus; die ganze Presse in Norddeutschland gerieth unter französischen Einfluß; der „hamburger unparteiische Correspondent“ war ein mittelbares Organ der französischen Politik. Ueberhaupt machte sich in Hamburg damals jenes kurzsichtige, materielle Behagen breit, das den betäubenden Erwerb und Genuß des Augenblicks mit Jahren der Noth und Reue erkaufte! Schon als die Franzosen Lauenburg und Cuxhafen besetzten, um die Elbschiffahrt zu hindern und den britischen Handel abzusperren und als dann ein paar englische Fregatten Elbe und Weser wirklich sperzten, litten die materiellen Interessen. Der Elbverkehr und alle rückwärts liegenden Gebiete erlitten einen furchtbaren Stoß, den härtesten freilich das preußische Schlesien und sein Leinwandhandel.

Preußen war gleichwol sehr selbstzufrieden. „Wozu,“ hieß es dort, „sich für England opfern? Das System des baseler Friedens habe sich ja trefflich bewährt!“ Das Höchste, wozu es sich in der hannoverschen Angelegenheit entschloß, war durch Lombard, einen der schuldigsten Träger seiner Politik, bei Bonaparte friedliche Vorstellungen zu machen, die natürlich erfolglos blieben.

Ebensowenig that der deutsche „Reichstag“ etwas für Hannover. „Die Anwendung derartiger Maßregeln,“ hieß es in einem seiner Berichte, „wäre wol am ersten von der Dazwischenkunft des kaiserlich russischen Hofes zu erwarten.“ (!) Dagegen beraubten die deutschen Reichsfürsten die Reichsritterschaft. Unter dem 9. October 1803 erklärte der Kurfürst von Baiern: „Die Ritterschaft habe sich nur widerrechtlich der Landeshoheit entzogen; er werde den reichsunmittelbaren Adel in sein ursprüngliches landsässiges Verhältniß zurückführen.“ Sofort ließ er sich auf den Gütern der Reichsritter als Landesherr proclamiren. Dieselbe Faustrechtspolitik wurde von andern kleineren Fürsten geübt. Indes gebot ein kaiserliches Mandat vom 23. Januar 1804 unbeschränkte Herstellung der Reichsritterschaft, die aber nur zum Theil vollzogen wurde. Preußen billigte die neue Arrondirungspolitik des Landesherrn im Grundsatz und wollte nur die Ausführung an bestimmte Normen knüpfen. Um der Befestigung des österreichischen Einflusses zu begegnen, schlug es in der Angelegenheit der Reichsritter eine russisch-französische Intervention vor, die aber bei den obwaltenden Differenzen zwischen diesen beiden Mächten nicht zur Anwendung kam. Stein, selbst ein Reichsritter, schrieb damals dem Herzog von Nassau, der auch ihn beraubte: „Deutschlands Unabhängigkeit und Selbstständigkeit wird durch die Consolidation der wenigen reichsritterschaftlichen Besitzungen mit den sie umgebenden Territorien wenig gewinnen; sollen diese für die Nation so wohlthätigen großen Zwecke erreicht werden, so müssen diese kleinen Staaten mit den beiden großen Monarchien, von deren Existenz die Fortdauer des deutschen Namens abhängt, vereinigt werden und die Vorsetzung gebe, daß ich dieses glückliche Ereigniß erlebe!“ Er hat dieses Ereigniß indessen nicht erlebt, ebensowenig das ihm nachfolgende Geschlecht.

Im Jahre 1804 vollbrachte Bonaparte ein neues Attentat gegen Deutschlands Ehre und Sicherheit. Auf deutschem Boden, in dem badischen Städtchen Ettenheim, ließ er am 15. März den Herzog von Enghien verhaften und dann in Frankreich hürichten. Der „deutsche Reichstag“ schwieg. Als aber der russische Zar gegen das Attentat Protest einlegte, „von dem die Ruhe und Sicherheit Deutschlands betroffen worden;“ als Hannover unter „erkenntlichstem Beifall“ für die Theilnahme, mit welcher „der russische Kaiser sich für die Aufrechterhaltung des deutschen Reiches verwendet habe,“ den Antrag stellte, der Kaiser möge dem Reiche Genugthuung und Sicherstellung für die Zukunft verschaffen; als endlich Rußland darauf drang, „daß die Sache einen der Würde und Selbstständigkeit des Reichs angemessenen Ausgang nehme“: desertirte die große Mehrheit der Reichstagsgesandten in Masse und der Reichstag machte „Ferien“.

Hierauf errichtete Bonaparte im Mai 1804 sein Kaisertum, das im Namen und Wesen das römisch-mittelalterliche Kaisertum erneuern sollte.

Oestreich und Preußen beiferten sich, die neue Monarchie in Frankreich anzuerkennen. Oestreichs Herrscher legte in der Voraussicht, daß das römisch-deutsche Kaiserthum nicht mehr von langer Dauer sein werde, sich den Titel eines Kaisers von Oestreich bei. Uebrigens herrschte in Oestreich keineswegs Sympathie für Bonaparte. Die regierende östreichische Aristokratie hatte die Verluste, die das Land durch Bonaparte erlitten, nicht vergessen; sie haßte den revolutionären Emporkömmling. Aber sie wagte noch nicht offen mit ihm zu brechen. In der ettenheimer Sache gab sie in Paris zustimmende Erklärungen und kokettirte gleichzeitig auf dem Reichstage in Regensburg mit Rußland. Noch zweifelhafter war die preussische Politik. Von der Einbildung, daß man mit der Neutralität zugleich die wohlfeilste und vortheilhafteste Politik übe, war man in Berlin seit dem Attentat Bonapartes auf Hannover zurückgekommen. Jetzt verlangte Haugwitz und Lombard offenen Anschluß an Frankreich, ihre Gegner offenen Bruch mit Bonaparte. Aber zu beidem fehlte Friedrich Wilhelm III. die Energie des Entschlusses. In dem Momente, wo das Bündniß mit Preußen sowol für Frankreich als für Rußland noch Werth hatte, wies der König die beiderseitigen Anträge zurück und erzürnte sich beide Mächte. Diese Politik mußte es sich denn gefallen lassen, daß eine Abtheilung Franzosen bei Hamburg im Gebiete des niedersächsischen Kreises, dessen Vorstand der König von Preußen war, den englischen Geschäftsträger Rumbold am 25. October 1804 aufhob. Man hielt großen Cabinetsrath in Potsdam, dessen Resultat war, daß der König einen eigenhändigen Brief an Napoleon schrieb. Napoleon, der um einer Bagatelle willen Preußen nicht ins feindliche Lager treiben wollte, ließ Rumbold frei und schläferete damit Preußen vollends ein.

In Deutschland überhaupt herrschte damals particularistische Selbstsucht, die über augenblicklichen Vortheil die zukünftig drohende Gefahr vergaß, selbstgenügsame Lust zur Ruhe, die sich zu einer schwachvollern Nachgiebigkeit drängen ließ. Man tröstete sich mit localen, inneren Reformen, mit dem aufgeklärten Absolutismus des Franzosenthums; man vergaß aber, daß es keine Reform und keine Freiheit gibt, die um den Preis nationaler Unabhängigkeit erkauf ist. Goethe, der größte deutsche Geist, hatte kein Wort gegen Deutschlands Erniedrigung; freilich tadelte er auch die Reformation deswegen, weil sie die „ruhige Bildung“ gestört; Schiller beschäftigte sich nur mit Poesie und Aesthetik, mit Schauspiel und Schauspielern. Nur Gertz ließ sich gegen den Philisterstinn des großen Haufens vernehmen: „Daß es selbst für den Geringsten im Staate außer den gewöhnlichen Bedürfnissen des Lebens noch höhere gibt: Nationallehre, ein geachteter Name, eine unabhängige Verfassung, ein bestimmter, wohlversicherter Antheil an einem wirklichen Staatensystem: soll man darüber einen förmlichen Beweis führen? Wenn einem Volke einmal alles öffentliche Interesse fremd, das Vaterland ein Name ohne Bedeutung geworden, der

Werth einer selbstständigen Existenz nach den gemeinsten Vorteilen abgewogen wird, dann ist die Sklaverei vollendet, noch ehe der Unterdrücker erschien, der Staat aufgelöst, noch ehe er sichtbar zusammenstürzt.“ Die besoldeten und unbesoldeten Franzosenfreunde sprachen damals viel von der „unerträglichen Selbstsucht Englands, von dem Handels- und Industriemonopol des Krämervolkes, von seiner absoluten Unverträglichkeit mit den übrigen Nationen.“ Allerdings führten die Engländer den Weltkampf mit Frankreich mit einem großen, thatkräftigen Egoismus, den Bonaparte hasste, aber nicht verachtete; die Deutschen dagegen besaßen statt der Selbstsucht einen Wust kleinlicher Selbstsüchteleien, die sie nicht einmal zu einem gemeinsamen Egoismus kommen ließen. Geng äußerte damals: „Wie die Fürsten ihre Völker erziehen, so bilden umgekehrt die Völker ihre Fürsten.“ Ohne die Verblendung, Verkehrtheit und Erschlaffung des deutschen Volkes, hätten die Regierungen Deutschland in eine Verworrenheit, wie die damalige, nicht stürzen können.

Im Jahre 1805 ermannte sich Oestreich. Es trat der Coalition Englands, Rußlands und Schwedens gegen Bonaparte bei. Geng schrieb damals: „Eine treue Verbindung zwischen Oestreich und Preußen ist Deutschlands letzte und gleichsam sterbende Hoffnung. Wenn Oestreich und Preußen auf einer Linie stehen, gibt es nirgends in Deutschland ein abgesondertes Interesse mehr.“ Aber Preußen blieb neutral, obgleich der Krieg dicht an seinen Grenzen vorstand, obgleich Rußland und Oestreich in ihrem Tractat vom 11. April die Regel aufstellten, jeden, der nicht für die Coalition sei, als Feind zu behandeln. Die berliner Staatsmänner waren der Meinung, daß es Preußens Beruf sei, den drohenden Brand diplomatisch zu löschen; sie machten auch in der That Preußen zum Briefträger des Ultimatum, das die Coalition an Bonaparte stellte. So kam es, daß Preußen in Berlin, Petersburg und Wien als bonapartistisch gestimmt galt und in Paris seine Hinneigung zu Rußland geargwöhnt wurde. Die preussische Politik war aber in der That ganz ehrlich, nur blieb sie völlig isolirt. Als endlich der Kampf ausbrechen sollte, bot Napoleon Preußen als Preis für die Allianz mit Frankreich Hannover. Es war dies ein großer Gewinn für die Macht und Abrundung des preussischen Staats. Aber wenn Preußen einerseits die rechte Kraft zum Guten fehlte, besaß es auch andererseits nicht den entschlossenen Muth des Schlechten. Der preussische Minister Hardenberg zwar griff begierig zu und stellte zugleich dem König vor, daß, wenn Preußen mit Frankreich ginge, Oestreich und Rußland das Schwert in der Scheide behalten würden; aber er scheiterte für jetzt an der Gewissenhaftigkeit Friedrich Wilhelms III.

Napoleon überschritt den Rhein. Die südwestdeutschen Fürsten und Baiern schlossen sich ihm an. In seiner Proclamation an die bairische Armee, die

mit der französischen sich vereinigte, sagte Napoleon: „Das Haus Oestreich will Eure Unabhängigkeit vernichten. Ihr werdet dem Beispiel Eurer Vorfahren folgen, die sich stets die Unabhängigkeit und die politische Existenz bewahrten, welche die ersten Güter der Nationen sind. Ich schmeichle mir, nach der ersten Schlacht sagen zu können, daß ihr würdig seid, in den Reihen der großen Armee zu kämpfen.“ Der „deutsche Reichstag“ in Regensburg war nur bemüht, in dem großen Conflict seine Neutralität zu erhalten. In den damaligen Correspondenzen aus Regensburg ist nur noch vom „Kaiser von Oestreich“, nicht mehr vom deutschen Kaiser die Rede. Der Reichstag ließ an den Grenzen des regensburger Gebietes Pfähle mit Aufschriften in deutscher und französischer Sprache aufrichten, damit die Neutralität der Stadt streng respectirt werde. Die Erklärung Bonapartes, Oestreich habe das deutsche Reich angegriffen und er, Bonaparte, übe nur die heilige Verpflichtung, es zu schützen, fand der Reichstag „beruhigend“.

Inzwischen drängte Bonaparte durch den General Duroc, den er nach Berlin sendete, Preußen zum Anschluß an Frankreich. Friedrich Wilhelm III. erklärte, der Friede sei noch möglich, wenn man Oestreich von der Coalition, der es eigentlich nur wider Willen gefolgt sei, trenne und durch Bürgschaften in Bezug auf Italien beruhige. Napoleon erwiderte, es handle sich nicht mehr um die Wahl zwischen Krieg und Frieden, sondern nur zwischen einem kurzen und einem langen Kriege. Aber Hardenberg sagte: „Die Neutralität ist ein System, das der König nie aufgeben wird“; er bemühte sich, mit Kurhessen, Sachsen und Dänemark einen Neutralitätsbund zu Stande zu bringen. So blieb Preußen im Augenblick eines großen continentalen Krieges neutral und suchte zwischen zwei schon kämpfenden Parteien zu vermitteln. Nach allen Seiten gingen preussische Boten und Botschaften, während man auf keiner Seite mehr vom Frieden hören wollte. Vergebens drängten die in Berlin versammelten Diplomaten aller Parteien Preußen zur Theilnahme an der Action; allen erwiderte der König, er werde von der Neutralität nicht weichen, und nur gegen den feindlich handeln, der solcher zuwider etwas angreifend unternehme. In der That befahl er, als der Zar im September 1805 drohte, seine Truppen durch Südpreußen und Schlessien marschiren zu lassen, die ganze preussische Armee mobil zu machen. Napoleon aber vollzog ohne Anfrage, womit der Zar nur drohte, er ließ am 3. October ein französisches Armeecorps durch das preussische Fürstenthum Ansbach marschiren. Das war selbst dem unentschlossenen Friedrich Wilhelm III. zu viel: er erklärte sich „frei von allen früheren Verpflichtungen gegen Frankreich“ und ließ den nördlichen Theil von Hannover durch ein preussisches Corps besetzen und die hannoverschen Behörden restituiren. Er schloß mit der Coalition am 3. November

zu Potsdam einen Vertrag, in welchem er sich zum Kriege gegen Bonaparte verpflichtete, wenn dieser die ihm von Preußen gestellten Friedensbedingungen nicht annehme. Besonders drängten am preussischen Hofe zum Kriege gegen Frankreich die Königin Louise und der Prinz Louis Ferdinand; der Königin aber fehlte die Energie eines männlichen Charakters, dem Prinzen die sittliche Würde und Autorität. Die Masse des preussischen Volkes war in dumpfe Thatenlosigkeit versunken. Stein mit seinen Bestrebungen, durch gleichmäßige Besteuerung, durch Beseitigung der Verkehrschränken, durch Aufhebung der Grenzen zwischen Stadt und Land, einen regen Gemeinssinn zu wecken, blieb ungehört.

Durch die Gefangennahme des österreichischen Heeres zu Ulm am 21. October 1805 entschied sich das militärische Uebergewicht Napoleons über die Coalition. Es folgte das Mißgeschick und Ungeschick der Oestreicher in Tirol, der Einzug der Franzosen in Wien, die Niederlage der Oestreicher und Russen bei Austerlitz am 2. December, der Rückzug der Russen, endlich der Friede von Preßburg am 26. December, in welchem Oestreich alle Uebergriffe, die Frankreich seit dem lüneviller Frieden in Europa gemacht, als zu Recht bestehend anerkannte, sein venetianisches Gebiet an das Königreich Italien abtrat, überhaupt 1140 Quadratmeilen mit 2,800,000 Einwohnern verlor, 40 Millionen Kriegskosten zahlte und seinen Zusammenhang mit Deutschland, der Schweiz und Italien einbüßte.

Preußen ward mit seiner Friedensvermittlung, welche der erbärmliche Haugwitz ins Hauptquartier Napoleons trug, von dem siegreichen Imperator natürlich zurückgewiesen; schon am 15. December unterzeichnete Haugwitz zu Schönbrunn die Unterwerfung Preußens unter das Protectorat Bonapartes. Preußen ging ein Schutz- und Trugbündniß mit Frankreich ein, trat an Baiern Ansbach, an Frankreich Neuschâtel, den Rest von Cleve und die Festung Wesel ab und erhielt dafür den souveränen Besitz von Hannover. Es hatte nur die Wahl, fast isolirt in einen Kampf mit dem Sieger von Ulm und Austerlitz sich zu stürzen oder mit der hannöverschen Beute belohnt der erste der Rheinbundstaaten zu werden. Die preussischen Patrioten knirschten vor Zorn und Scham, das Heer fühlte sich gedemüthigt, der König zögerte, den Vertrag von Schönbrunn zu ratificiren und reizte dadurch noch mehr den Groll Napoleons, der, über den potsdamer Vertrag höchst erbittert, zu Haugwitz am 13. December gesagt hatte: „Ihr wollt die Freunde von aller Welt sein, das ist nicht möglich, man muß zwischen mir und meinen Gegnern wählen. Ich will Aufrichtigkeit, offene Feinde sind mir lieber als falsche Freunde!“ Dabei versäumte Preußen, sich gegen Napoleons Nachsicht zu rüsten, es setzte seine Armee auf den Friedensfuß. Da Preußen den Vertrag von Schönbrunn noch im Februar 1806 nicht ratificirt hatte, so betrachtete

Napoleon denselben als nicht mehr existirend; Haugwitz mußte am 15. Februar einen neuen Vertrag unterzeichnen, nach welchem Preußen die für die Abtretung von Ansbach versprochene Entschädigung einbüßte, die Elb- und Wesermündungen und seine Seehäfen den englischen Schiffen verschließen und außer dem Bestande der napoleonischen Macht auch die Vertreibung der Bourbons aus Neapel verbürgen mußte. Anfangs März erfolgte die Ratification dieses Vertrages. Preußen hatte die Freiheit der Action verloren. Dem Minister Hardenberg, der als Vertreter der antifranzösischen Richtung in Preußen galt und den potsdamer Vertrag zu Stande gebracht hatte, mußte der König „unbestimmten Urlaub“ erteilen; Haugwitz wurde wieder Minister des Auswärtigen. Die Besetzung Hannovers durch Preußen, welche nunmehr definitiv erfolgte, führte zum Bruche mit England; alle preußischen Schiffe in den britischen Häfen wurden mit Beschlagnahme belegt, die norddeutschen Flüsse blockiert; der Handel Preußens erhielt eine tödtliche Wunde. Am 11. Mai 1806 erklärte dann Preußen den Krieg an England; es zerriß alle Fäden, welche es an die europäischen Mächte knüpfte, ohne daß seine Beziehungen zu Frankreich inniger wurden; Napoleon behielt seinen Argwohn und Haß gegen Preußen.

Mit dem „deutschen Reiche“ ging es seit dem preßburger Frieden zu Ende. In diesem Frieden hatte der Kaiser von Oesterreich versprochen, „weder als Reichsoberhaupt noch als Mitstand irgendeinen Act zu hindern, welcher in Folge davon vollzogen wäre oder vollzogen wurde.“ Die süddeutschen Bundesgenossen Napoleons, die neugeborenen Könige von Baiern und Württemberg und der Kurfürst von Baden zogen unter französischer Autorität die Besitzungen der Reichsritter ein und hoben die ständischen Verfassungen in ihren Ländern auf; sie stellten die Doctrin auf: Souveränität und ständische Einrichtungen seien miteinander unverträglich. Dabei blieben ihre Lande von der französischen Armee besetzt und empfanden alle Schrecknisse einer brutalen Soldatenherrschaft. Die „Mainzer Zeitung“ rief damals aus, es gebe kein Deutschland mehr, es sei ein Irrthum, an eine deutsche Nation zu glauben; das seien nur Klagen am Grabe eines Volkes, das sich überlebt habe. Dem „deutschen Reichstage“ wurde der preßburger Friede nicht einmal zur Sanction vorgelegt. Am 17. Juli 1806 endlich sagten sich vier Kurfürsten, Baiern, Württemberg, der Reichserzkanzler, Baden und zwölf Fürsten vom Reiche los und schlossen mit Napoleon einen Bundesvertrag, „um dadurch den innern und äußern Frieden Süddeutschlands zu sichern, für welchen die deutsche Reichsverfassung keinerlei Bürgschaft mehr biete.“ Diesem Rheinbunde traten im September Würzburg und bald auch die sächsischen Fürsten bei. Der Bund war in seinem völkerrechtlichen Verhältnis an die französische Politik geknüpft; er war eine große napoleonische

Präfectur, wie Geng sagte, „eine Schimpf- und Spottconstitution aus drei köstlichen Bestandtheilen, einem Sklavenvolke unter einem doppelten Herrn, Despoten in erster Potenz, selbst Sklaven eines höheren Gebieters und einem selbstgeschaffenen, alles verschlingenden Oberdespoten.“ Am 6. April legte der letzte deutsche Kaiser die Kaiserkrone nieder und entband alle Stände des Reichs von ihren Pflichten gegen das Reichsoberhaupt. Bald darauf wurde der Buchhändler Palm, der eine Broschüre verbreitet hatte, welche in patriotischem Unwillen das bonapartistische Wesen in Deutschland bitter angriff, durch eine französische Militärcommission zum Tode verurtheilt und erschossen.

Preußen hatte durch den Vertrag vom 15. Februar nur einen faulen Frieden erlangt. Selbst Haugwitz erklärte: „Unser vorgeblicher Allirter, Bonaparte, hat keine andere Absicht, als uns zu unterwerfen und zu vernichten. Sofort nach dem Vertrage nahm Murat, der neue Großherzog von Berg, die preussischen Abtheilen Elten, Essen und Werden fort; Preußen, das um größerer Dinge willen nicht zu den Waffen gegriffen, ließ diese Beraubung sich gefallen. Sodann stellte Napoleon bei seinen Friedensunterhandlungen mit England und Rußland jenem Hannover, diesem Preussisch-Polen in Aussicht und bestimmte die Hansestädte zu einer Entschädigung der neapolitanischen Bourbons. In Murats Umgebung sprach man von bevorstehenden Vergrößerungen des Großherzogthums Berg auf preussische Kosten; in den Hauptquartieren der französischen Generale von einem bevorstehenden Siegeszuge gegen Preußen. Als Friedrich Wilhelm hiervon Kunde erhielt, fuhr er auf und verfügte am 9. August die Mobilmachung der ganzen preussischen Armee zu einem Kriege gegen Frankreich. Es war ein Act der Verzweiflung, der aus dem persönlichen Ehrgefühl des Königs und dem Glauben entsprang, daß nur noch die Wahl bleibe zwischen Schande und dem Kampf zum Aeußersten. Prophetisch hatte einst Prinz Louis gesagt: „Aus Liebe zum Frieden nimmt Preußen gegen alle Mächte eine friedliche Stellung an und wird einmal in derselben von einer Macht schonungslos überstürzt werden, wenn dieser der Krieg grade recht ist. Dann fallen wir ohne Hilfe und vielleicht auch gar noch ohne Ehre.“ Faul waren aber die innern Zustände Preußens. Der König selbst äußerte in den ersten Tagen des Feldzuges: „Es ist eine unbeschreibliche Confusion im Heere.“ In der Umgebung des Königs blieben die früheren unfähigen Persönlichkeiten, vor allen Haugwitz und Lombard. Vergebens hatte Stein im April 1806 in einer Denkschrift an die Königin die Entfernung dieser Personen aus dem Cabinet verlangt. Stein hatte gesagt: „Die neueren Ereignisse, wo wir feierlich sanctionirte Verträge im Augenblick der Erfüllung eingegangen und bald darauf umgestoßen haben, sind ein fürchterlich belehrendes Beispiel, wie nothwendig es ist, Personen zu ändern, wenn man Maßregeln ändern will. Sollten Ew. Maj. Sich nicht ent-

schließen, die vorgeschlagenen Aenderungen vorzunehmen, so ist zu erwarten, daß der preussische Staat entweder sich auflöst oder seine Unabhängigkeit verliert und daß die Achtung und Liebe der Untertanen ganz verschwinden.“ Die alte Cabinetseinrichtung blieb, der Cabinetsrath gab in allen wichtigen Angelegenheiten die letzte Entscheidung und war doch unverantwortlich; er hatte keine Verbindung mit der Verwaltungsbehörde, keine Theilnahme an der Ausföhrung, das Ministerium aber bildete keine Gesamtheit. Das Volk lag in dumpfer Apathie. Die Armee, in selbstgenügsamer Abgeschlossenheit, außer Verkehr mit den Weltereignissen des letzten Jahrzehnts, war in Selbstüberschätzung verfallen, „Wären bei Ulm und Austerlitz Preußen gewesen,“ sagten die Offiziere, „die Sache hätte anders geendet.“ Der adelig-soldatische Uebermuth der Offiziere ging damals förmlich ins Unglaubliche; weder Stand, noch Bildung, noch Alter schützte vor Kränkung und Geringschätzung, die gegen alle andern an den Tag zu legen ein Privilegium des Soldatenvolkes war. Dabei war die obere Leitung der Armee ohne Geist und Kriegserfahrung; die höheren Offiziere bis zu den Hauptleuten herab alt und gebrechlich, die Bewaffnung war unzulänglich, der Sold spärlich, die Bekleidung der Soldaten elend. Die Armee bestand zum Theil aus Landeskindern, zum Theil aus schlechten Subjecten, die im Auslande geworben waren. Von Inländern waren so viele Kategorien dienstfrei, daß weder Adel, noch Beamtenstand, noch Bürgerthum, noch selbst der eigentliche Bauernstand im Heere vertreten waren: der Soldatendienst lastete wesentlich nur auf dem ärmeren Theile des Volkes. Und doch wurde Knesbeck's Plan zu einer volksthümlichen Umbildung der preussischen Wehrverfassung durch die Militärorganisationscommission im Sommer 1805 mit dem Bemerkten zurückgewiesen: „es erscheine ganz unbegreiflich, wie jemand einer siegreichen Armee, die, solange für ganz Europa, ein unerreichtes Muster gewesen ist und bleiben wird, eine totale Veränderung ihrer Verfassung zumuthen kann, welche sie zu einer bloßen Landmiliz reduciren werde.“ Auch die preussischen Finanzen standen schlecht. Es war zwar unter Friedrich Wilhelm III. gespart, aber die Frucht dieser Ersparniß durch die nutzlose Mobilmachung von 1805 großentheils verschlungen worden.

Bei der Unzulänglichkeit der eignen Mittel mußte Preußen sich nach Allianzen umsehen. Es wendete sich zunächst an Oestreich. Oestreich erinnerte an die Wandelungen der preussischen Politik vom potsdamer bis zum schönbrunner Vertrag und daß der verantwortliche Träger dieser Politik immer noch am Ruder sei. Der König von Preußen erklärte hierauf bei seinem königlichen Wort, das gegenwärtige System der preussischen Politik werde nicht verlassen werden. Oestreich erklärte sich aber außer Stande, jetzt von seiner Neutralität abzugehen; es werde aber zur Behauptung derselben 70,000 Mann nach Böhmen schicken und den Durchmarsch der Franzosen durch Grenzboten. IV. 1855.

dieses Land nicht gestatten. Der englische Gesandte sprach nach eigener Anschauung der österreichischen Verhältnisse die Ueberzeugung aus, daß Oestreich nicht mehr thun könne; es könne nicht seine letzten Kräfte aufs Spiel setzen, solange die preussische Politik in den Händen von Haugwitz liege. „Denn wer bürgte dafür, daß er es ehrlich meine, nicht auch jetzt noch doppeltes Spiel spiele?“ Gegen England benahm sich Preußen so, daß die britische Politik noch unter dem Kanonendonner von Jena und Auerstädt in Zweifel war, ob Preußen nicht noch eine plötzliche Schwenkung zu Napoleon im Sinne habe. Noch am 12. October 1806 erhielt der englische Gesandte, Lord Morpeth, von Haugwitz den Bescheid: die Unterhandlung hänge vom Ausgange der Schlacht ab, die man eben schlage. Im Falle eines Sieges wolle Preußen nämlich Hannover nicht herausgeben oder doch einen Ersatz, etwa an Holland, sich sichern. Rußlands Hilfe suchte Preußen erst im September 1806 nach. Es hoffte immer noch friedliche Botschaften von Paris. Kaiser Alexander versprach sofort Geld und Truppen; aber seine Hilfe mußte für die Entscheidung zu spät kommen. Preußens norddeutsche Unionspläne, die von ihm projectirten Bündnisse mit Sachsen und Hessen scheiterten an dem Egoismus der betreffenden Fürsten.

Napoleon brannte vor Ungeduld, an Preußen für die Schwankungen vom Spätjahr 1805 sich zu rächen. Zwar suchte Haugwitz auch nach der Mobilmachung ihn durch trügerische Unterhandlungen hinzuhalten. Napoleon erwiderte am 11. September, die Ausöhnung sei noch möglich, wenn Preußen sofort entwaffne. Sollte man es glauben? Preußen ließ sich durch diese Erklärung täuschen. Es zögerte, mit England, Oestreich und Rußland die engsten Einverständnisse anzuknüpfen; diese Mächte glaubten noch in dem Augenblick nicht ernstlich an den Krieg, als die französischen und preussischen Heere an der Saale kampffertig sich gegenüberstanden.

Am 14. October erfolgte bei Jena und Auerstädt die Entscheidung. Die beiden preussischen Armeen wurden geschlagen, die Monarchie gesprengt. Es folgte die unerhörte Uebergabe der preussischen Festungen und die Selbstauflösung der Armee, der empörende Uebermuth des Siegers; ein warnendes Beispiel für alle Zeiten, wohin eine schwache und unentschiedene Politik nach Außen, ein verkehrtes, unvolksthümlisches Regiment im Innern führt.

## Literatur.

**Neue Gedichte.** Blüthen slavischer Poesie. 1. Band. Berlin, Fandol. — Die Sammlung enthält die beiden Gedichte Konrad Wallenrod, von Adam Mickiewicz und der Kirye, von Gustav Zielinski, beide aus dem Polnischen. Das erste